



Presseschau vom 22.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Rainer Rupp: Inkompetenz oder Arglist? Politik-Elite agiert zum Schaden des deutschen Volkes

COVID-19 belegt das Versagen unserer "super-kompetenten Poli-Eliten". Die Ursachen der für diesen Winter in Deutschland zu erwartende Energiekrise liegen dagegen in bösartigen Machenschaften derselben "Eliten" zugunsten fremder Herren. ...

<https://kurz.rt.com/2q9g>

Scott Ritter: Die Schlacht von Raqqa – Vorlage für eine gnadenlose US-Tötungsmaschinerie in Syrien

Die Berichte über den US-Luftangriff im Jahr 2019, bei dem bis zu 64 Zivilisten in der vom IS kontrollierten Stadt Baghus in Syrien getötet wurden, schockierten Millionen Amerikaner. Aber dieser mutwillige Mord ist im Westen nichts Neues. Um zu verstehen, wie es zu dem Vorfall in Baghus kommen konnte, muss man nur die vorangehende Schlacht von Raqqa studieren. ...

<https://kurz.rt.com/2q9s>

Rob Lyons: Im Interesse der Megareichen: Auch der Guardian wird von Milliardären finanziert

Sie mag ihre Leser um Spenden bitten und behaupten, sie sei ein Medienunternehmen, das

von Lesern finanziert wird und nicht von Megareichen. Doch in Wirklichkeit haben Milliarden Millionen ausgegeben, um Großbritanniens führende, ultraliberale Links-von-der-Mitte-Zeitung "The Guardian" zu unterstützen. ...

<https://kurz.rt.com/2qbx>

abends/nachts:

snanews.de: Zulassung des russischen Nasalimpfstoffs bis Ende 2022 erwartet – Gamaleja-Institut

Ein nasaler Impfstoff gegen das Coronavirus auf Basis von „Sputnik V“ wird nach Angaben des Gamaleja-Forschungszentrums in naher Zukunft in die Praxis eingeführt.

„Wir haben ein solches Präparat entwickelt und planen, es in naher Zukunft in die Praxis einzuführen, es müssen noch klinische Studien durchgeführt werden, und wir planen, dass es natürlich notwendig sein wird, es einzuführen, und dies wird eine zusätzliche (Barriere) sein“, sagte Denis Logunow, Vize-Direktor des Zentrums für Epidemiologie und Mikrobiologie, am Sonntag bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Derzeit befinde sich die Entwicklung des Präparats noch in einem frühen Stadium und Tierversuche seien noch erforderlich.

„Im Moment haben wir ein erstes Screening durchgeführt und wir haben Substanzen (...), die Hits sind, führende Wirkstoffe, die optimiert und in Tierversuchen getestet werden“, erklärte Logunow.

Die Entwicklung eines Präparats zur Behandlung von Covid-19 dauere länger als die Entwicklung eines Präparats auf Basis monoklonaler Antikörper, fügte Logunow hinzu. Er äußerte die Hoffnung, dass es nach erfolgreichen Tier- und klinischen Studien bis Ende 2022 zugelassen werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/15/4405638_0:117:2503:1525_1920x0_80_0_0_eaeb19fc391933487aa280f2d77018b8.jpg

vormittags:

snanews.de: Russisches Militär patrouilliert nun Grenze zwischen Kontrollzonen der USA und Russlands in Syrien

Russische Militärangehörige in Syrien haben begonnen, die Trennungslinien zwischen den Territorien zu patrouillieren, die die Streitkräfte Russlands und die internationale Koalition mit den USA an der Spitze kontrollieren. Dies erklärte der Sprecher des Versöhnungszentrums für die Konfliktparteien, Viktor Kudinow.

„Das ist die Grenze, die das von der internationalen Anti-Terror-Koalition mit den USA an der

Spitze kontrollierte Territorium, die Zone ‚Osten‘, und die von den russischen Streitkräften kontrollierte Zone ‚Westen‘ trennt. Auf diesen Territorien gab es bisher kein Patrouillieren durch die russischen Militärangehörigen“, erläuterte Kudinow.

Der Sprecher betonte, dass sich dort die IS-Schläferzellen („Islamischer Staat“; auch Daesh) befinden sowie Verstöße gegen syrische Gesetze möglich seien.

Die Hauptaufgabe der Patrouillen dieses Territoriums bestehe in der Demonstration der Präsenz der russischen Streitkräfte. Es sei notwendig, der Bevölkerung zu zeigen, dass die russischen Militärangehörigen da und bereit seien, zu helfen. Im Weiteren können hier laut Kudinow bei einer günstigen Lage humanitäre Aktionen organisiert werden.

In Syrien tobt seit März 2011 ein bewaffneter Konflikt zwischen Regierungstruppen, dem dschihadistischen „Islamischen Staat“ und militanten, bewaffneten Oppositionsgruppen. Russland hatte 2015 auf Bitte der syrischen Regierung mit einer Anti-Terror-Operation in dem arabischen Land begonnen. Im Dezember 2017 verkündigte der russische Präsident, Wladimir Putin, den Sieg über die Terrormiliz IS in Syrien, fügte aber hinzu, einzelne Widerstandsherde der Islamisten in Syrien könnten noch für einige Zeit bestehen.

Die US-Streitkräfte kontrollieren illegal die Territorien im Norden und Nordosten Syriens in den Provinzen Deir ez-Zor, al-Hasaka und Rakka (ar-Raqqa), wo sich die größten Erdöl- und Gasfelder befinden. Damaskus bezeichnete mehrmals die Präsenz der amerikanischen Truppen auf seinem Territorium als Okkupation und staatliches Plündern, dessen Ziel es sei, unverblümt das Erdöl zu stehlen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/16/4410750_0:161:3067:1886_1920x0_80_0_0_638827cb3372b6396cc6da6b40174c20.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. November 2021 wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo-Borschtschewatoje wurde mit 152mm-Mörsern beschossen (4 Geschosse). Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Chinas Regierung ahndet Kartellverstöße von Big Tech-Unternehmen

Pekings Marktaufsichtsbehörde hat E-Commerce-Unternehmen wie Alibaba und Baidu mit Geldbußen belegt. Sie sollen gegen die Anti-Monopol-Gesetzgebung des Landes verstoßen haben. Der Schritt ist Teil einer landesweiten Initiative zur Erhöhung der nationalen Sicherheit.

Die staatliche Behörde für Marktregulierung Chinas (SAMR) verhängte Geldstrafen in Höhe von 78.300 US-Dollar gegen den E-Commerce-Konzern Alibaba sowie andere große Tech-Unternehmen wie Baidu und JD.com, da sie 43 Transaktionen, die bis ins Jahr 2012 zurückreichen, nicht bei den zuständigen Behörden angemeldet hatten.

Zu den bekannt gewordenen Kartellverstößen gehören der gemeinsame Kauf von Nanjing Xinfeng Network Technology durch Beijing Baidu Wangxun Technology und Nanjing Wangdian Technology, die Übernahme von AutoNavi Software Holdings durch Alibaba sowie der Erwerb von Aktien von China Medical Online durch Tencent.

Bei allen genannten Fällen handelt es sich um Transaktionen, die hätten angemeldet werden müssen – was jedoch nicht geschah. Die SAMR wies darauf hin, dass die Liste der Verstöße eine ganze Reihe von Unternehmen und einen größeren Transaktionszeitraum umfasst. Am Samstag erklärte die Aufsichtsbehörde offiziell auf WeChat:

"Mit der gründlichen Weiterentwicklung und Durchsetzung der Antimonopolgesetze hat sich das Bewusstsein für die Konzentrationserklärungen von Unternehmen weiter erhöht. Wobei die Konzentration von Unternehmen, die zuvor nicht als illegal gemeldet wurden, proaktiv aussortiert und gemeldet wird."

Dies bedeute für die Ermittlungen eine aktive Unterstützung, hieß es. Die verhängten Strafen gehören zu den jüngsten Maßnahmen, mit der Peking im Rahmen einer landesweiten Initiative zur Erhöhung der nationalen Sicherheit gegen technologieorientierte Unternehmen vorgeht. Die Tech-Konzerne des Landes, insbesondere diejenigen, die im Finanzsektor tätig sind, stehen aufgrund ihrer zunehmenden Macht unter genauer Beobachtung der staatlichen Behörden.

Im Oktober verhängte die SAMR eine Geldstrafe in Höhe von 533,5 Millionen US-Dollar gegen den Essenslieferdienst Meituan. Die Strafe gegen die chinesische Plattform wegen monopolistischer Praktiken war die zweithöchste Geldbuße nach der Rekordstrafe von 2,8 Milliarden US-Dollar, die Alibaba im April wegen wettbewerbswidriger Praktiken auferlegt wurde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619b52e348fbef57ed4c9af4.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. November 3:00 Uhr bis 21. November 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich **Jasinowataja**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die

Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein. Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden gestern infolge des Beschusses von Seiten der BFU Schäden an Dach, Fassade sowie Produktionsausrüstung in zwei Werkhallen der „Wissenschaftlichen Produktionsvereinigung Jasinowatajaer Mechanisches Werk“ in der Uliza Artjoma 31 festgestellt.

Außerdem wurden Gebäude und Fensterverglasung der 56. Feuerwache des Staatlichen Feuerwehrdienstes von Jasinowataja in der Uliza Artjoma 31 a/1 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 5.

deu.belta.by: **Lukaschenko über Flüchtlingskrise: EU-Ansprechpartner weigern sich den Kontakt mit uns aufzunehmen**

Die Ansprechpartner seitens der Europäischen Union, die mit der belarussischen Seite an der Bewältigung der Flüchtlingskrise arbeiten sollen, melden sich nicht, erklärte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute bei der Entgegennahme eines Berichts von Wladimir Karanik, Gouverneur der Region Grodno, und Juri Karajew, Berater für diese Region.

Alexander Lukaschenko sagte, dass er auf die Zusammenarbeit und Lösung des Problems mit den 2000 Flüchtlingen an der belarussisch-polnischen Grenze warte. Es sei aber so, dass die von Angela Merkel versprochenen Ansprechpartner seitens der EU die Kontaktaufnahme verweigern, und das Problem selbst werde von der EU nicht diskutiert.

"In dieser Hinsicht brauchen wir nicht auf jemanden zu warten. Wenn sie sich weigern, bedeutet das, dass ihnen die Einreise in Belarus verweigert werden muss. Sie haben hier nichts zu tun. Denn es wird dasselbe sein wie bei diesen internationalen Besuchen. Sie kommen, um sich zu zeigen. Wir werden uns selbst um diese Menschen kümmern, wenn Deutschland sie nicht aufnimmt. Es bleibt nichts anderes übrig als das. Aber wir müssen von den Deutschen verlangen, diese Leute aufzunehmen", unterstrich der belarussische Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1637572441_58974_big.jpg

snanews.de: **Erster Zivilflug nach Dschalalabad seit 20 Jahren: Iran liefert humanitäre Hilfe an Afghanistan**

Der erste Zivilflug seit 20 Jahren ist auf einem Flugplatz der Stadt Dschalalabad in der Provinz Nangarhar im Osten Afghanistans gelandet. Das teilten lokale Medien am Sonntag auf Twitter unter Berufung auf Regierungsbehörden mit.

Der Flug kam mit humanitärer Hilfe aus dem Iran und landete am Flughafen Nangarhar.

Am Samstag teilten die Provinzbehörden mit, dass der Flugplatz in Dschalalabad für nationale und internationale Flüge bereit sei, da alle technischen und Sicherheitsfragen geklärt seien.

„Der erste Zivilflug zum Flugplatz Nangarhar wurde nach einer 20-jährigen Pause

durchgeführt... Das Flugzeug mit humanitärer Hilfe ist aus dem Iran eingetroffen“, hieß es in der Erklärung.

Die Zahl der Bedürftigen in Afghanistan ist gegenüber dem Vorjahr von 14,5 auf 18,4 Millionen Menschen gestiegen. Dies teilte die Bundesregierung im April 2021 unter Verweis auf das Büro der Vereinten Nationen (VN) für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) mit. Der humanitäre Bedarf in dem Land stieg demnach von 611,8 Millionen US-Dollar im Jahr 2019 auf 1,3 Milliarden US-Dollar in diesem Jahr.

Anfang August hatten die Taliban vor dem Hintergrund des internationalen Truppenabzugs aus Afghanistan eine großangelegte Offensive gegen die Regierungstruppen gestartet, alle afghanischen Großstädte und Grenzübergänge unter ihre Kontrolle gebracht und das Ende des 20 Jahre dauernden Krieges erklärt.

In den ersten Tagen herrschte in Kabul Panik: Menschen stürmten den Flughafen, um das Land verlassen zu können. Danach folgte eine humanitäre und wirtschaftliche Krise.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/16/4413638_0:157:1920:1237_1920x0_80_0_0_422b8f5adb36aa8a2b22230757caaecd.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. November um 9:00 Uhr 20.343 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 16.348 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2839 Todesfälle.

deu.belta.by: **Lukaschenko über das Leben der Flüchtlinge an der Grenze: Für Alltag ist gesorgt**

Der Alltag von Flüchtlingen an der Grenze und die Gewährleistung der humanitären Hilfe standen im Mittelpunkt des heutigen Arbeitstreffens zwischen Alexander Lukaschenko, Gebietsgouverneur von Grodno Wladimir Karanik und Helfer des Präsidenten in der Region Grodno Juri Karajew.

„Sie sind in dieses Problem hineingezogen worden. Ich muss sagen, Sie kommen damit gut klar, den Alltag der Geflüchteten im Logistikzentrum zu organisieren“, so Alexander Lukaschenko. „Für Ordnung und humanitäre Hilfe wird gesorgt. Sie bekommen Hilfsgüter und verteilen sie. Alles ist unter Kontrolle, nicht wahr?“

Der Staatschef dankte den Eigentümern des Logistikzentrums, die es den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt haben. In diesem Zusammenhang hat er angeordnet, dem Betreiber des Logistikzentrums zu helfen, weil er in dieser „erzwungenen Pause“ mit wirtschaftlichen oder geschäftlichen Verlusten zu rechnen hat.

Auch private rollende Einkaufsläden versorgen die Flüchtlinge an der Grenze. Alexander Lukaschenko bat ihre Betreiber darum, gerechte Preise anzusetzen. Er äußerte die

Überzeugung, dass es auch künftig keine Probleme an der Grenze geben werde. „Kleidung, Schuhe, Nahrung, Wärme und medizinische Versorgung. Menschen aus dem Süden haben 10-13 Tage in den Wäldern verbracht. Natürlich ist es schwer. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder, Frauen, Schwangere und so weiter nicht krank werden“, fügte der Präsident hinzu.



https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2021/000019_275F7991589C57DC432587950035A3E3_703510.jpg

Mzdnr.ru: Am 21. November wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 65 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 14 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 33 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2308 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1299 mit Sauerstoffunterstützung (+19 in den letzten 24 Stunden).

Am 22. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 102.415 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

16.977 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 77.663 als gesund entlassen, es gibt 7775 Todesfälle.

snanews.de: Nato-Manöver Winter Shield 2021 in Lettland begonnen

Das jährliche Nato-Manöver Winter Shield 2021 hat in Lettland begonnen. Mehr als 1500 Soldaten werden bis zum 4. Dezember auf dem Trainingsgelände von Adazi trainieren.

Darüber berichten lettische Medien am Montag unter Berufung auf das Verteidigungsministerium des Landes.

An den Übungen nehmen Soldaten der mechanisierten Infanteriebrigade der Landstreitkräfte, der Nationalgarde, der litauischen Streitkräfte, der Nato Extended Presence Battlegroup in Lettland und des US-Streitkräftekommandos in Europa teil.

Übungen mit Haubitzen, Mörsern, Granatwerfern, Maschinengewehren und Handfeuerwaffen werden täglich sowohl bei Tageslicht als auch bei Dunkelheit stattfinden, hieß es. Auch Flüge von Militärflugzeugen sind geplant. Beteiligt sind Militärangehörige aus Albanien, Tschechien, Italien, Island, Kanada, Montenegro, Polen, Slowenien, der Slowakei und Spanien.

Auf dem Nato-Gipfel in Warschau 2016 hat die Allianz beschlossen, vier multinationale Bataillone in Lettland, Litauen, Estland und Polen auf Wunsch dieser Länder zu stationieren.

Jeweils einer der rotierenden Verbände soll in den drei baltischen Staaten und in Polen verstärkt präsent sein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/16/4414535_0:211:2889:1836_1920x0_80_0_0_c65f5d3242e37d07cf1d5fed2ccf1cc2.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Maas: „Russland muss mit den demokratischen Kräften in Belarus zusammenarbeiten“**

Der geschäftsführende deutsche Außenminister Heiko Maas hat in einer Rede bei der Konferenz „Towards a prosperous and safe future for Belarus“ („In Richtung einer wohlhabenden und sicheren Zukunft für Belarus“) in Wien die aktuelle Lage in Belarus kommentiert und auch an Russland appelliert.

Die aktuelle innenpolitische Lage des Landes ist Maas zufolge knapp 500 Tage nach der Präsidentschaftswahl „schlimmer als je zuvor“.

„Demonstrantinnen und Demonstranten sowie Mitglieder der Opposition wurden inhaftiert, zum Schweigen gebracht oder – wie einige von Ihnen, die heute hier sind – ins Exil getrieben“, so der Politiker.

Damit bessere Zeiten für Belarus kommen, seien folgende Dinge notwendig. „Erstens muss die im Exil befindliche belarussische Opposition ihrer Sache verpflichtet bleiben und weiter zusammenhalten“, erläuterte Maas.

Zweitens sollte es weiteren Druck der Europäischen Union und ihrer Partner „auf Lukaschenkos Regime“ geben.

Drittens müssten Maas zufolge die westlichen Staaten ihre Hilfen an die Situation der belarussischen Zivilgesellschaft und Opposition anpassen.

Ferner appellierte er an Russland:

„Ich möchte außerdem die Gelegenheit für eine Botschaft an Moskau nutzen: Der Kreml schützt Lukaschenko, weil er in ihm einen Garanten für Stabilität sieht. Die jüngsten Ereignisse haben jedoch erneut gezeigt, dass er Belarus stattdessen in Unruhe stürzt und isoliert. Russland muss mit den demokratischen Kräften in Belarus zusammenarbeiten – auch, um die besondere Verbindung zwischen dem russischen und dem belarussischen Volk zu würdigen.“ ...



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/0d/3212405_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a6976293d6750c2c9993b970964acda5.jpg

snanews.de: **Vor Besuch in Russland: Abbas zu Palästina-Wahlen, Friedensgesprächen und US-Verpflichtungen**

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Palästina werden abgehalten, sobald die israelischen Behörden die Stimmabgabe in Ostjerusalem erlauben, erklärte der erste palästinensische Präsident Mahmud Abbas vor einem Besuch in Russland.

Nach Angaben des Pressesprechers des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, ist das Treffen zwischen Mahmud Abbas und Wladimir Putin für den 23. November geplant.

Abbas erwartet, dass er mit dem russischen Präsidenten Möglichkeiten zur Wiederbelebung des politischen Prozesses in Palästina erörtern wird, und rechnet mit der russischen Unterstützung für die Organisation einer internationalen Friedenskonferenz.

„Wir werden Wahlen in Palästina (Parlaments- und Präsidentschaftswahlen) abhalten, sobald wir die Erlaubnis erhalten, sie in Jerusalem durchzuführen. Zuvor wurden in Jerusalem bereits Wahlen gemäß den zwischen beiden Seiten unterzeichneten Abkommen abgehalten“, sagte der Palästinenserführer in einem Interview mit SNA.

Ende April hatte Abbas die Verschiebung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen angekündigt. Der Grund dafür sei die Weigerung Israels, in Ostjerusalem Wahlen für Palästina abzuhalten.

Mahmud Abbas sagte auch, er erwarte von den USA, dass sie ihren Verpflichtungen zur friedlichen Lösung des Nahostkonflikts nachkommen. Laut Abbas versicherte ihm US-Präsident Joe Biden, dass sich die Politik seiner Regierung von der seines Vorgängers unterscheide.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/16/4416355_0:0:3200:1801_1920x0_80_0_0_f3b3ad4

fff53d3e46e36e47a3b60ed8b.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 22.11.2021**
In den letzten 24 Stunden wurde eine **Verletzung der Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Jasinowataja** mit 122mm-Artillerie beschossen und fünf Granaten abgefeuert. Infolge des zielgerichteten Artillerieschlags wurden die Werkhalle des Maschinenbauwerks und eine Feuerwache des Zivilschutzministeriums der Republik beschädigt.

Die ukrainische Seite im GZKK hat die Anfrage nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus ignoriert.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die ukrainischen bewaffneten Formationen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert.

Aus dem Bestand der 54. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Krasnogorowka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Bogdanowka.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 95. und 93. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Leninskoje und Mirnoje zu blockieren.

In der OOS-Zone wächst weiter die Zahl nicht kampfbedingter Verluste unter den Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte, meist infolge von Alkoholkonsum, besonders an Feiertagen.

So haben zwei Luftlandesoldaten aus der 95. Brigade am 21. November, am Tag der Luftsturmtruppen der ukrainischen Streitkräfte, in betrunkenem Zustand ein Lebensmittelgeschäft in Dsershinsk ausgeraubt. Der Wachmann, der versuchte das Verbrechen zu verhindern, wurde schwer geschlagen. Schon nach 20 Minuten fand der Eigentümer des Geschäfts mit seinen Freunden die betrunkenen „Verteidiger der Ukraine“ und übte Selbstjustiz, daraufhin kamen die beiden ukrainischen Soldaten mit schweren Körperverletzungen in das 3. Stadtkrankenhaus von Tschassow Jar.

In den Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sind Fälle der **Zerlegung von Militärtechnik** festzustellen.

Bei der Arbeit einer Kommission des Fahrzeugdienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ in den Einheiten der 128. Brigade wurden Fälle von Defekt und Zerlegung von mehr als 40% der militärischen Fahrzeuge festgestellt. Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur der 128. Brigade Gontscharuk angeordnet, dass die Wiederherstellung der nicht kampfbereiten Technik durch die Soldaten und ihre Kommandeure auf eigene Kosten erfolgen muss.

snanews.de: **Lukaschenko: Weißrussland will keine Konfrontation wegen Migrationskrise**

Weißrussland will laut dem Präsidenten Alexander Lukaschenko keine Konfrontation mit Polen vor dem Hintergrund der Migrationskrise an der Grenze. Minsk erwartet aber eine Antwort von der Europäischen Union, ob sie 2000 gestrandete Migranten aufnehmen wird. Wie Lukaschenko am Montag betonte, bringe Weißrussland absichtlich niemanden über die

Grenze und werde das nicht tun. „Die Leute gehen dorthin. Wir müssen deswegen die Polen, jeden Polen, erreichen und zeigen, dass wir keine Barbaren sind, wir wollen keine Konfrontation. Wir brauchen es nicht“, sagte Lukaschenko am Montag.

„Wir verstehen: Wenn wir hier zu weit gehen, ist Krieg nicht zu vermeiden. Und das wäre eine Katastrophe“, sagte er weiter. „Aber wir werden diese armen Kerle so gut wie möglich schützen.“

Lukaschenko sagte auch, er habe darauf bestanden, dass Deutschland einige Migranten aufnimmt, und beschwerte sich, dass die EU in dieser Angelegenheit keinen Kontakt zu Minsk aufnehme, obwohl die Kanzlerin Angela Merkel ihm das versprochen habe. Merkel und Lukaschenko haben vorige Woche telefonisch über die schwierige Lage im Grenzgebiet zwischen Weißrussland und der EU gesprochen, insbesondere darüber, wie eine Eskalation der Lage verhindert werden könnte, und über die Notwendigkeit humanitärer Hilfe für Flüchtlinge und Migranten. Sie vereinbarten, die Zusammenarbeit in diesen Fragen fortzusetzen, teilte die Pressestelle der Regierung in Berlin am Montag mit. Nach Angaben weißrussischer Medien dauerte das Gespräch etwa 50 Minuten.

Zahlreiche Flüchtlinge, vorwiegend Kurden, haben sich am 8. November in Richtung der weißrussisch-polnischen Grenze begeben. Rund 2000 Menschen, darunter Frauen und Kinder, versammelten sich am Grenzzaun. Sie stellten unweit des Grenzübergangs Brusgi ein provisorisches Lager auf. Nachdem vergangene Woche polnische Grenztruppen Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt hatten, um die Migranten zu vertreiben, haben die weißrussischen Behörden in einem Logistikzentrum im Dorf Bruzgi nahe der polnischen Grenze eine vorübergehende Unterkunft für sie eingerichtet.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/0f/4328819_0:174:3073:1902_1920x0_80_0_0_de02563317a0c148879d4ee8acea84a5.jpg

de.rt.com: "**Brillanter Schritt**": **Kreml kommentiert diplomatischen Briefwechsel zum Normandie-Treffen**

Der veröffentlichte Schriftverkehr zwischen Moskau, Berlin und Paris soll Anschuldigungen aufklären, wonach Russland bei der Lösung des Konflikts in der Ukraine untätig bleibt, sagte Kremlsprecher Peskow. Er sprach von einer unkonventionellen, aber notwendigen Aktion. Die Veröffentlichung der diplomatischen Korrespondenz zwischen den Außenministern Russlands, Deutschlands und Frankreichs zum Konflikt im Donbass sei eine Reaktion auf öffentliche Anschuldigungen, die Moskau Untätigkeit in dieser Sache vorwerfen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow im russischen Staatsfernsehen. Dieser Schritt sei in Diplomatenkreisen unkonventionell, doch die derzeitige verzwickte Lage verlange nach unkonventionellen Handlungen. Er fügte hinzu:

"Was jetzt in der globalen Diplomatie vor sich geht, ging früher anders vonstatten. Und deswegen gibt es jetzt so viel Unaufrichtigkeit. Da wir gescheitert sind, etwas zu erklären, und

vor dem Hintergrund dieser öffentlichen Anschuldigung einer Untätigkeit Moskau gegenüber, wurde so ein brillanter Schritt unternommen. Ja, das ist unüblich in der Diplomatie, aber andererseits erfordert eine unkonventionell verzwickte Situation wahrscheinlich auch ein unkonventionelles entschlossenes Vorgehen."

Das russische Außenministerium hatte zuvor mitgeteilt, dass die Rolle Russlands in einer innerukrainischen Lösung des Konflikts und seine Versuche, ein mögliches Ministertreffen im Normandie-Format zu organisieren, in verzerrter Form wiedergegeben würden. Im Zusammenhang damit veröffentlichte die Behörde den Schriftverkehr des russischen Außenministers Sergei Lawrow mit seinen Amtskollegen aus Frankreich und Deutschland, Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas. Die beiden Minister sollen über die Veröffentlichung im Voraus informiert worden sein, hieß es aus dem russischen Außenministerium.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/619b9d5948fbef57ec6be33f.jpg>

snanews.de: **Horror-Explosion im Hafen von Beirut 2020: Russland übergibt Libanon Satellitenaufnahmen**

Russland hat dem Libanon Satellitenaufnahmen übergeben, die bei der Untersuchung der Umstände der Explosion im Hafen von Beirut im August 2020 nützlich sein könnten. Das gab der russische Außenminister Sergej Lawrow am Montag nach einem Treffen mit seinem libanesischen Amtskollegen Abdallah Bou Habib bekannt.

„Wir sind heute der Bitte der libanesischen Regierung nachgekommen und haben die von Roskosmos vorbereiteten Satellitenaufnahmen übergeben. Wir hoffen, dass sie bei der Untersuchung der Ursachen des Vorfalls behilflich sein werden“, sagte Lawrow vor Journalisten.

Bei dem Treffen besprachen die Minister außerdem eine mögliche Beteiligung Russlands an der Wiederherstellung der Infrastruktur, die bei der Explosion vernichtet wurde.

Wie der libanesischer Außenminister sagte, erlebt sein Land derzeit eine schwere Wirtschafts- und Sozialkrise. Der Libanon plane eine Reihe von Reformen und hoffe daher auf Russlands Unterstützung bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), „wo Russland eine wichtige Rolle spielt, da es einer der vorsitzenden Länder in diesem Fonds ist“. Reformen sollen den Energiebereich, den Bank- und Privatsektor des Landes treffen, erklärte Am 4. August 2020 kam es im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut zu einer gewaltigen Explosion: Rund 2750 Tonnen Ammoniumnitrat entzündeten sich. Die Detonation hatte weitreichende Folgen: Schätzungen zufolge starben etwa 200 Menschen, mehrere Tausend wurden verletzt und bis zu 300.000 Menschen wurden obdachlos. Die Druckwelle zerstörte die Hafenregion und Teile der Stadt, darunter zahlreiche Wohnhäuser und wichtige Infrastruktur.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1d/4147365_0:180:3005:1870_1920x0_80_0_0_e4dfd63b5e77ad148d4b686e326f7e3f.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen in der Nähe von Brubowka aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Postupalskij **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen 152mm-Artilleriegeschützen beschossen und vier Granaten abgefeuert. ...

snanews.de: Russisches Außenamt: Berichte über „Vorteile“ der Migrationskrise für Moskau sind „Mythologem“

Das russische Außenministerium hat die Publikationen westlicher Massenmedien kritisiert, laut denen Russland die Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze für die Vorbereitung einer „Invasion“ in die Ukraine nutze.

„Das ist ein weiteres Mythologem in der Reihe der Mythologeme, von denen wir gehört haben und bei denen es um sogenannte russische Panzer geht, die wir angeblich mit humanitären Konvois befördert haben. Dazu gehören Geschichten über Tunnels, die angeblich zwischen Russland und dem Südosten der Ukraine gebaut worden seien“, sagte die amtliche Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Montag.

„Wenn es solche Fakten gibt, legen Sie Beweise dafür vor und zeigen Sie sie, dann könnten wir darüber reden. Wenn es keine solchen Fakten gibt, ist es an der Zeit, eine Fehlerkorrektur mit den nicht existierenden Geschichten vorzunehmen, die seit sieben Jahren über die Seiten der westlichen Presse in Bezug auf die Ukraine wandern“, sagte Sacharowa.

US-Aufklärungsdienste sind einem Medienbericht zufolge der Meinung, dass Russland Anfang 2022 eine Invasion in die Ukraine planen und sie aus drei Richtungen, darunter über weißrussisches Territorium, vornehmen könnte. Zu diesem Zweck habe Moskau angeblich „Zehntausende“ Reservisten in einem „für die postsowjetische Zeit beispiellosen Umfang“ einberufen, berichtete die Agentur Bloomberg.

Wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, lassen derartige Erklärungen und Publikationen einen darüber nachdenken, dass Provokationen nicht ausgeschlossen sind, diese Hysterie werde künstlich aufgepeitscht. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte in einem Kommentar, dass das Regime in Kiew versuche, sich als ein Opfer der russischen Aggression darzustellen. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/04/1b/1880962_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_cc13d031c81cb2d3956382858ae69145.jpg

snnews.de: **Russlands Auslandsgeheimdienst: Politik des Westens stärkt Straflosigkeitsgefühl in Ukraine**

Der russische Auslandsgeheimdienst hat am Montag den USA sowie der EU unterstellt, ihre Politik stärke das Straflosigkeitsgefühl in der Ukraine.

„Die provokative Politik der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, die Kiews Gefühl der allerlaubten Freizügigkeit und Straflosigkeit bewusst stärkt, gibt Anlass zu großer Besorgnis“, heißt es in der Mitteilung. „Eine ähnliche Situation haben wir in Georgien kurz vor den Geschehnissen im Jahr 2008 beobachtet. Damals ist (der georgische Präsident – Anm. d. Red.) Michail Saakaschwili ausgerastet und hat versucht, russische Friedenssoldaten und die zivile Bevölkerung Südossetiens zu vernichten. Dafür hat er einen hohen Preis gezahlt“, hieß es.

Die Äußerungen des US-Außenministeriums über eine angebliche Truppenkonzentration seitens Russlands an der Grenze zur Ukraine wies der Dienst als der Realität nicht entsprechend zurück.

„In letzter Zeit schüchtern Washingtons Beamte die Weltgemeinschaft aktiv ein, dass sich Russland angeblich auf eine Aggression gegen die Ukraine vorbereitet“, so der Auslandsgeheimdienst.

„Nach eingehenden Daten bringt das US-Außenministerium über diplomatische Kanäle absolut falsche Informationen an die Verbündeten und Partner über die Konzentration der Streitkräfte auf dem Territorium unseres Landes für eine militärische Invasion in die Ukraine.“

Zuvor hatte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärt, die Nato sollte „ihre provokativen Aktivitäten“ nahe den Grenzen der Russischen Föderation einstellen und aufhören, mit ihrer politischen und militärischen Infrastruktur „bis an die Grenzen der Russischen Föderation“ vorzudringen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/0c/497810_0:289:3077:2020_1920x0_80_0_0_5f31559d36b4e1458c1656db21660519.jpg